

**BOZSOKI Jürgen**  
Hopfengasse 3/1/11, 1210 Wien  
Tel: 0043 (0) 676 408 95 88  
**e-mail:** [juergen.bozsoki@fw.oebb.at](mailto:juergen.bozsoki@fw.oebb.at)  
[juergen.bozsoki@gmx.net](mailto:juergen.bozsoki@gmx.net)  
**Matr. Nr. 0007292**  
Studienkennzahl: 300/295

**SE Politische Theorie**  
**Neoliberalismus als Theorie und Praxis**

**Univ. Prof. Dr. Eva Kreisky**  
Sommersemester 2003

Themenblock 1: „Gründungsväter“ des Neoliberalismus:  
Milton Friedman

SE-Arbeit zum Thema:

**Die Politische Ökonomie des Geldes**  
**bei Milton Friedman**

**Eine kritische Analyse des Monetarismus und mögliche Alternativen**

Wien, Oktober 2003

|          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>EINLEITUNG .....</b>   | <b>3</b>  |
| <b>2</b> | <b>FRIEDMANS IDEOLOGISCHEN GRUNDLAGEN .....</b>                   | <b>3</b>  |
| 2.1      | BEGRIFF DER FREIHEIT .....  | 3         |
| 2.2      | DIE ROLLE DES STAATES.....  | 4         |
| <b>3</b> | <b>DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM KEYNESIANISMUS .....</b>        | <b>5</b>  |
| 3.1      | WICHTIGSTEN THESEN DES KEYNESIANISMUS .....                       | 5         |
| 3.2      | KEYNES FORDERUNGEN .....  | 7         |
| 3.3      | FRIEDMANS KRITIK AM KEYNESIANISMUS .....                          | 8         |
| <b>4</b> | <b>GELD- UND FINANZPOLITIK.....</b>                               | <b>9</b>  |
| 4.1      | GRUNDSÄTZLICHE ASPEKTE DES GELDES UND DER INFLATION.....          | 9         |
| 4.2      | DIE MONETARISTISCHE THEORIE VOM „TRANSMISSIONS-MECHANISMUS“ ..... | 11        |
| 4.3      | GELDPOLITIK DER ZENTRALBANKEN.....                                | 13        |
| 4.4      | KRITIK AN FESTEN WECHSELKURSSYSTEMEN .....                        | 14        |
| <b>5</b> | <b>KONSEQUENZEN .....</b>   | <b>14</b> |
| 5.1      | FOLGEN DER MONETARISTISCHEN GELDPOLITIK .....                     | 14        |
| 5.2      | DIE NEUE ANGEBOTSPOLITIK.....                                     | 15        |
| 5.3      | ZURÜCKDRÄNGUNG VON GEWERKSCHAFTEN UND SOZIALSTAAT .....           | 16        |
| 5.4      | FOLGEN DER DEREGULIERUNG DER FINANZMÄRKTE .....                   | 17        |
| 5.5      | FOLGEN DES FREIHANDELS IM GÜTERSEKTOR .....                       | 18        |
| <b>6</b> | <b>ALTERNATIVEN ZUR MONETARISTISCHEN GELDPOLITIK.....</b>         | <b>19</b> |
| 6.1      | NOTWENDIGKEIT NEUER ANSÄTZE.....                                  | 19        |
| 6.2      | NEUES, REFORMIERTES BRETTON WOODS .....                           | 19        |
| 6.3      | SYSTEM DES PRODUKTIVEN KREDITS .....                              | 20        |
| 6.4      | NEUTRALES GELDSYSTEM.....   | 23        |
| <b>7</b> | <b>RESÜMEE .....</b>  | <b>24</b> |
| <b>8</b> | <b>LITERATURVERZEICHNIS .....</b>                                 | <b>25</b> |

## 1 Einleitung

Wirtschaftstheorien sind die neuen Religionen der modernen Welt. Sie sind abstrakt, sehr oft dogmatisch und wirken langweilig. Dennoch beeinflussen sie jeden von uns beinahe überall. Milton Friedman hat mit seiner Theorie des Monetarismus seit dem Ende der 70er Jahre einen fundamentalen Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik eingeleitet, zu dessen hegemonialer Stellung scheinbar keine Alternative existiert.

Doch wie ist es möglich, dass trotz rapide steigender Armut, Ungleichheit und Nachteilen für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich die Theorie Friedmans immer mehr durchsetzt?

In der vorliegenden Arbeit werden nach einer Untersuchung der ideologischen Grundlagen Friedmans und dessen Kritik am Keynesianismus die Grundzüge der monetaristischen Geld- und Finanzpolitik kritisch analysiert und auf ihre Konsequenzen geprüft. Abschließend sollen einige skizzenhaft dargelegte Denkansätze Alternativen zum Monetarismus zur Diskussion stellen.

## 2 Friedmans ideologischen Grundlagen

### 2.1 Begriff der Freiheit

Friedmans zentraler Dreh- und Angelpunkt als Grundlagen seiner wirtschaftspolitischen Analysen und Forderungen ist das Streben nach Freiheit. Letztere stellt den effektivsten Weg dar, um einen sozialen Staat und Gleichheit zu erreichen. Gleichheit nicht im Sinne materieller Gleichheit, sondern Gleichheit vor dem Gesetz. Freiheit bedeutet in deshalb „(...) das höchste Ziel aller sozialen Einrichtungen.“<sup>1</sup> Friedman geht es nicht um eine durchdachte philosophische Darstellung seines Freiheitsbegriffes, sondern vielmehr um die Frage welche wirtschaftliche Organisationsform ein Maximum an Freiheit für die Individuen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft bringen kann. Am besten dafür erscheint der sog. Wettbewerbs-Kapitalismus. Dieser „(...) sorgt auch für politische Freiheit, da sie die wirtschaftliche Macht von der politischen trennt und dabei beiden Mächten ermöglicht, sich gegenseitig zu neutralisieren.“<sup>2</sup> Für Friedman existieren grundsätzlich nur zwei Arten von Wirtschaften: Einerseits zentral gelenkte, welche auf Zwangsmaßnahmen fußen, andererseits die freie Marktwirtschaft, wo es zu einer freiwilligen Kooperation der Individuen kommt. Er bezieht sich dabei in unzulässig vereinfachter Weise auf ökonomische Idealtypen<sup>3</sup>, die in der Realität so nicht, oder nur in Ausnahmefällen existieren.

---

<sup>1</sup> Friedman (2002), Seite 35

<sup>2</sup> Ders., Seite 32

<sup>3</sup> An einigen Stellen macht er zwar Einwände zur Existenz von Idealtypen, die er jedoch in seinen Analysen immer wieder vernachlässigt

Diese groben Trivialisierungen können ihm deshalb zu recht den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit einbringen.

Wenn nun der freie Markt die besten Verwirklichungsmöglichkeiten der Freiheit bietet, so kann der einzige Prüfstein zur Beurteilung aller Leistungen ebenso nur der Markt sein. Rationale Entscheidungen der Marktteilnehmer orientieren sich dabei ausschließlich an der Realisierung des Profites.

Trotzdem muss Friedman letztendlich zugeben, dass absolute Freiheit nicht möglich ist. Würde jedes Individuum ein Maximum an Freiheit anstreben, wäre dies gar nicht möglich. Denn ein mehr an Freiheit des einen, bedeutet gleichzeitig ein weniger an Freiheit für den anderen. So gesehen ist die absolute Freiheit eine Illusion und würde zur Anarchie und somit Unfreiheit führen.

## 2.2 *Die Rolle des Staates*

Aus diesem Grund wird der Staat durchaus als wichtiges Element gesehen. Er sollte sich jedoch auf seine Rolle als Spielleiter und Schiedsrichter beschränken. Der Regierung bleibt es unbenommen, die Regeln jederzeit ändern zu können. Mehr noch: Wettbewerb wird erst möglich, wenn von staatlicher Seite gesetzliche Regelungen gemacht werden. Eine der grundlegenden Elemente der freien Marktwirtschaft stellt das (Privat-) Eigentum dar. Deshalb besteht eine der wichtigsten Aufgaben darin, dieses zu schützen. Auch die Vertragssicherheit muss durch gesetzliche Regelungen genau festgelegt werden. Langfristige Investitionen finden nämlich nur dann statt, wenn die Investoren eine Sicherheit haben, dass die ausgehandelten Vereinbarungen auch in der Zukunft noch gelten. Die Sicherung von Kontrakten und der Schutz des Eigentums als wesentliche Aufgaben des Staates sind jedoch keine völlig neuen Gedanken. Sie finden sich schon bei Locke oder Smith, also lange vor Friedmans Zeit. Beachtenswert ist vielmehr Betonung der Organisation des Geldwesens als staatliche Verantwortlichkeit, nämlich in dem Sinne „Geld zu prägen und den Wert der eigenen und fremden Währungen zu regulieren.“<sup>4</sup> Bis hier her gibt es auch zu anderen Strömungen kaum Widersprüche. Umstritten ist hingegen Friedmans These, auf die in dieser Arbeit noch genauer eingegangen wird, dass die Verantwortung für die Zentralbanken einer Gruppe von Fachleuten überlassen werden sollte, die wiederum ausschließlich für die Geldwertstabilität sorgen müsste. Die Politik hingegen sollte sich aus geldpolitischen Entscheidungen vollständig heraushalten. Aufgabe des Staates sollte es lediglich sein, die Unabhängigkeit der Notenbanken einzuleiten und einen Verantwortlichen dafür zu ernennen.

---

<sup>4</sup> Friedman (2002), Seite 51

Staatliche Interventionen im Finanzbereich wie etwa Kapitalverkehrskontrollen oder fixe Wechselkurse bzw. im Güterhandelsbereich Schutzzölle und Subventionen lehnt Friedman vollkommen ab, da das kapitalistische System als eines des Gleichgewichts gesehen und damit eine diesem innewohnende Krisentendenz bestritten wird. Krisen sind demnach ausschließlich auf Staatseingriffe zurückzuführen. Deshalb erweisen sich auch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen als schädlich, weil sie Eingriffe in die Freiheit des Menschen erzeugen. Der Staat sollte nicht, wie in den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten ein Lebensstandardsicherungssystem forcieren, sondern sich als Fürsorgestaat verstehen. Friedman vertritt gerade in diesem Bereich radikale Thesen: „Die beste Sozialpolitik ist eine freie Marktwirtschaft.“<sup>5</sup> Die Auffassung vom schlechten Staat und dem guten Markt betont Friedman in beinahe fundamentalistischer Weise. Weite Strecken seiner Werke haben mehr einen populistischen, als einen wissenschaftlichen Charakter: „Mein Sohn hier ist noch jung, er will eine Staatsquote von Null. Ich bin nicht so radikal, zehn Prozent sind eine schöne runde Zahl.“<sup>6</sup>

Friedmans ökonomische Theorie des Monetarismus konnte sich in den letzten beiden Jahrzehnten vor allem aufgrund einer sehr fundamentalen Kritik am Keynesianismus durchsetzen und so seine heutige Hegemonie erreichen. Deshalb ist es an dieser Stelle unerlässlich sich mit den Grundzügen des Keynesianismus auseinanderzusetzen, um so Friedmans teilweise berechtigte Kritik besser verstehen zu können.

### **3 Die Auseinandersetzung mit dem Keynesianismus**

#### *3.1 Wichtigsten Thesen des Keynesianismus*

Der Keynesianismus bedeutete einen völligen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftstheorie. Er stellte wesentliche Grundlagen der Klassik und Neoklassik in Frage und entwickelte einen völlig neuen Zugang.

Zentraler Kritikpunkt war das sog. *Saysche Theorem*. Dieses besagt, dass sich jede Produktion automatisch die für ihren Absatz erforderliche Nachfrage schafft. Makroökonomisch bedeutet dies, dass diese Aussage nur dann zutrifft, wenn das gesamte Volkseinkommen wieder zu Nachfrage nach Sozialprodukt wird. Klassik und Neoklassik gingen noch davon aus, dass das Sparen über Umwege ebenfalls zur Nachfrage wird, da die Kreditnehmer das von den Sparern geborgte Geld sofort wieder investieren. Über die Anhebung und Senkung des Zinssatzes könnte wieder für ein Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren gesorgt werden. Dem Zins kommt aus klassischer Sicht demnach die Funktion eines Regulators zu.

---

<sup>5</sup> Heuser (1996), Seite 274

In seiner *Konsum- bzw. Spartheorie* stellt Keynes diese all zu einfache Erklärungsweise jedoch grundsätzlich in Frage. Er folgert vielmehr aufgrund praktischer Erfahrungen, dass das Sparen nicht ausschließlich vom Zins abhängig sei, sondern vielmehr eine Restgröße bildet, die nach allen Ausgaben übrig bleibt. Insgesamt nennt er acht Beweggründe des Sparens: Vorsicht, Voraussicht, Berechnung, Verbesserung, Unabhängigkeit, Unternehmungslust, Stolz und Geiz.<sup>7</sup> Das Sparen ist aber in erster Linie nicht durch den Zins, sondern die Höhe des Einkommens bestimmt. Dies bedeutet, dass es deshalb gar nicht möglich ist, durch Veränderungen der Zinssätze ein automatisches gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren herzustellen. Keynes stellte weiters fest, dass die sog. Konsumquote<sup>8</sup> in einem zunehmend entwickelten Wirtschaftssystem immer mehr sinken muss, obwohl bei wachsendem Einkommen zwar absolut immer mehr konsumiert wird. Genau hier liegt das Problem: Zwischen der gesamten Produktion und der gesamten Nachfrage (bestehend aus Konsum und Investitionen) klafft immer mehr eine Lücke. Oder anders ausgedrückt: Eben weil relativ immer mehr gespart wird, wird immer stärker das Angebot (der Güter und Dienstleistungen) nicht vollständig nachgefragt.

In seiner *Investitionstheorie* untersucht Keynes diesen Umstand noch genauer. Damit investiert wird, müssen Profite zu erwarten sein. Es spielen die Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich der Investitionen eine große Rolle. Erwartungen können sowohl in positiver, als auch in negativer Weise überzogen sein und dadurch noch stärker ausfallen. Die Erwartungen, dass ein niedriger Zins allein die Erwartungen positiv beeinflussen könne teilte Keynes nicht in vollem Umfang, da dieser nur *einen* Kostenbestandteil darstellt. Zinssenkungen sind deshalb nicht ausreichend für Neuinvestitionen, wenn die anderen Erwartungsfaktoren negativ sind. Da wie bereits in der Konsum- und Spartheorie dargestellt, Keynes im sich selbst überlassenen kapitalistischen System eine ständige Nachfragelücke erkennt, geht er davon aus, dass je höher entwickelt eine Volkswirtschaft ist, die Gewinne und Renditen schrumpfen. Zwar steigen mit zunehmenden Investitionen noch die Gewinne, aber Gewinnsteigerung wird immer geringer. Er geht von der sog. „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ aus. Dabei sinken die Erwartungen über zukünftig zu erzielende Renditen und gehen schließlich so weit zurück, dass sie unter den Kreditzins fallen. Passiert dies, unterbleiben produktive Investitionen und im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf entsteht die schon erwähnte Lücke.

Während die Neoklassiker noch davon ausgingen, dass die Einkommen entweder für Konsum oder für Sparen verwendet werden, legt Keynes in seiner *Liquiditätstheorie* dar, dass es auch

---

<sup>6</sup> Heuser (1996), Seite 274

<sup>7</sup> Vgl. Senf (2001), Seite 202

<sup>8</sup> Diese beschreibt den Anteil des Konsums am verfügbaren Einkommen

noch eine dritte Verwendungsmöglichkeit gebe, die von den Neoklassikern nicht berücksichtigt wurde. Geld besitzt nämlich im Vergleich zu Sachgütern einen Liquiditätsvorteil, da es bei günstigen Entwicklungen durch den Kauf von Grundstücken, Wertpapieren, Devisen, knappen Ressourcen etc. optimal veranlagt werden können. Geld kann im Vergleich zu Waren gehortet werden und die Möglichkeit zur Spekulation ergriffen werden. Er sieht „(...) zwischen der Höhe des Zinses und der Liquidität für Spekulation einen wesentlichen Zusammenhang. Denn das Geld würde von denen, die es über ihre Konsumausgaben hinaus übrig haben, umso mehr als Liquidität gehalten, je niedriger der Zins für Geldanlagen am Kapitalmarkt ist.“<sup>9</sup> Dieses Offenhalten für bessere Renditemöglichkeiten wird Liquiditätspräferenz genannt. Sie hat jedoch makroökonomische Auswirkungen, da die vom Zins abhängige Liquiditätspräferenz ein großes Loch in den Produktions-Einkommens-Kreislauf reißt, welcher zu einem Geldabfluss führt. Diese Kreislaufstörung führt direkt in die Wirtschaftskrise.

Fazit: Keynes sieht das kapitalistische System im Gegensatz zu den Neoklassikern und später den Monetaristen permanent im Ungleichgewicht. Der Zustand des Gleichgewichtes kommt deshalb eher zufällig und nur in Ausnahmesituationen vor. Damit erkennt er, ganz anders als Friedman, eine systemimmanente Krisentendenz des Kapitalismus, die staatliche Eingriffe notwendig macht.

### 3.2 *Keynes Forderungen*

Aufgrund dieser ernüchternden Analyse müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die Nachfrage stärken, um den Wirtschaftskreislauf nicht zusammenbrechen zu lassen. Anders als die Klassiker hält Keynes Lohnsenkungen und eine Sparpolitik als ungeeignete Mittel, da diese den Nachfrageausfall noch erhöhen und damit die Krise verschärfen, denn sparen heißt Konsum zu unterlassen.<sup>10</sup>

Auch auf die Senkung der Leitzinsen alleine konnte man sich nicht verlassen. Vielmehr sollten von staatlicher Seite Nachfrageimpulse erzeugt werden, die eine Multiplikatorwirkung erzeugt. Je höher die Konsumquote, desto stärker können die durch den Multiplikator entstehenden Kräfte wirken. Der Staat sollte nicht planend in das betriebswirtschaftliche Geschehen eingreifen, sondern vielmehr über makroökonomische Intervention gegensteuern. Dies kann beispielsweise über eine steuerliche Umverteilung geschehen. So sollten etwa die Reichen progressiv besteuert, die Ärmern gefördert und entlastet werden. Auch durch die Schaffung eines Sozialsystems, staatliche Konjunkturprogramme oder eine expansive

---

<sup>9</sup> vgl. Senf (2001), Seite 211

Geldpolitik könnte die Nachfrage gestärkt und so die Investitionslücke im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf geschlossen werden. Dabei darf jedoch kein Nachfrageüberhang bestehen, da dies sonst zu Inflation führen würde.

Keynes schlägt eine sog. antizyklische Konjunkturpolitik vor. In Krisenzeiten sollte sich der Staat verschulden und eine expansive Geldpolitik betreiben. Sobald die Wirtschaft boomte, sollte über Steuererhöhungen sowie einer restriktiven Geldpolitik die Konjunktur vor einer Überhitzung geschützt und die Schulden durch die Erwirtschaftung eines Haushaltsüberschusses zurückgezahlt werden.

Keynes setzte sich auch für eine neues Weltfinanzsystem stabiler Wechselkurse ein. Doch sein Konzept der sog. „Clearing Union“ wurde nicht verwirklicht. Trotzdem finden sich viele seiner Gedanken im bis in die frühen 70er Jahre relativ erfolgreich funktionierenden Bretton-Woods-System. Keynes geht es primär darum, mittels Kapitalverkehrskontrollen und stabilen Wechselkursen die Spekulation zu verhindern und damit den Weg für einen nachhaltigen Aufschwung der Realwirtschaft zu ebnen.

### *3.3 Friedmans Kritik am Keynesianismus*

Die zentralen Kritikpunkte von Friedman sind primär das Ausufern von Inflation und Staatsverschuldung. In der Tat greift er berechnete Schwächen der keynesianischen Wirtschaftspolitik an. Aber es stellt sich andererseits auch die Frage, ob dies an der Lehre von Keynes lag, oder ob jene Politiker, die sich in ihrem Handeln auf ihn beriefen tatsächlich das taten, was er in seinen zahlreichen Schriften vertrat.

Bis in die 70er Jahre stellte die keynesianische Wirtschaftspolitik eine Art Grundkonsens dar. In Krisenzeiten sprang der Staat mit großen Konjunkturprogrammen ein. Diese wurden durch Verschuldung am Kapitalmarkt bzw. durch dosierte Geldschöpfung finanziert, denn wenn die Geldmenge ausgeweitet wird, steht zusätzliche Liquidität zur Verfügung.

Angenommen im Zuge der Inflation verdoppeln sich die Preise und damit auch die Erlöse, ebenso die Material- und Maschinenkosten; die Arbeitskosten (Löhne) und Finanzierungskosten (Zinsen) bleiben aber auf dem Ausgangsniveau, so verdoppeln sich folglich auch die Gewinne; und zwar nicht nur nominell, sondern auch real. Dabei handelt es sich jedoch um sog. Inflationsgewinne, die einen Aufschwung signalisieren. Es scheint also auf den ersten Blick, als hätte das Konjunkturprogramm Erfolg gehabt. Sobald jedoch Löhne und Zinsen angepasst werden ist der Effekt verpufft. Deshalb müssen auf dem Gebiete der Geldschöpfung immer neue Konjunkturspritzen her. An dieser Stelle ist der Vergleich mit

---

<sup>10</sup> vgl. Willke (2002) Seite 61ff.

einem Drogensüchtigen sicherlich zulässig. Je höher die Dosis an Drogen ist, welche die Probleme kurzfristig lindern, umso größer werden die Abhängigkeit und die Nebenwirkungen.

In der Tat betrieben die USA sehr lange eine unverantwortliche Geldschöpfungspolitik.<sup>11</sup> Dies würde normalerweise einen Absturz des Dollars zur Folge haben. Durch das Bretton – Woods – System stabiler Wechselkurse waren jedoch die Notenbanken gezwungen überschüssige Dollars zu kaufen, um so den Wechselkurs stabil zu halten. Durch die Auflösung von Bretton Woods kam es in den 70er Jahren verstärkt durch die Ölkrise zu einem Export der Inflation. Genau an dieser Stelle setzt die Kritik Friedmanns ein: Es ist nämlich extrem schwierig, vielleicht sogar unmöglich mit Hilfe der Geldpolitik die Konjunktur zu steuern, da die Auswirkungen erst mit Verzögerung feststellbar sind. Friedman sieht deshalb in der keynesianischen Nachfragepolitik den Hauptgrund für die Entstehung von Inflation.

Er erkennt in der Inflation ein grundsätzliches Problem: „Seit jeher waren Herrscher – Könige, Kaiser oder Parlamente – versucht, sich in eine Steigerung der Geldmenge zu flüchten, um sich mit Mitteln zur Führung von Kriegen, zum Bau von Denkmälern oder für andere Vorhaben zu versorgen. Sie sind dieser Versuchung oft erlegen, und immer war eine Inflation die unmittelbare Folge.“<sup>12</sup> Deshalb sollte, ganz im Gegensatz zu Keynes, Geldpolitik überhaupt nicht für konjunkturpolitische Maßnahmen als Instrument in Betracht gezogen werden.

Auch kreditfinanzierte Staatsausgaben zur Überwindung der Wirtschaftskrise werden kritisch beleuchtet. Friedman bestreitet nämlich den von Keynes angeführten Multiplikatoreffekt. Er begründet dies damit, dass der Staat dadurch seine Kreditnachfrage das Kreditvolumen insgesamt verringert und somit für private Investoren die Zinsen erhöht. Deshalb solle der Staat überhaupt nicht konjunkturpolitisch aktiv werden.

## **4 Geld- und Finanzpolitik**

### *4.1 Grundsätzliche Aspekte des Geldes und der Inflation*

Geld und Inflation sind die Schwerpunkte von Friedmanns Theorie. In allen seinen Werken stellen sie den Ausgangs-, Dreh- und Angelpunkt dar. Deshalb bezeichnet man seine Theorie als Monetarismus.

Er setzt sich dabei nur am Rande auseinander, was Geld eigentlich ist. Trotz seiner detaillierten Analysen über die Geschichte des Geldes<sup>13</sup> fehlt es jedoch an sehr

---

<sup>11</sup> vor allem um den Vietnamkrieg finanzieren zu können

<sup>12</sup> Friedman (1992), Seite 215

<sup>13</sup> vor allem in seinem Werk „Geld regiert die Welt“

grundsätzlichen Anschauungen. Friedmans Monetarismus geht von den Gegebenheiten des modernen Geldwesens aus. Dabei gilt die Konzentration eher praktischen Fragen der aktuellen Wirtschaftspolitik; vor allem der Geldwertstabilität. Dies ist darauf zurückzuführen, dass dieser Themenbereich in den 70er Jahren nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems den wohl wichtigsten Fragenkomplex bildete, da damals die Inflation in allen Ländern erheblich zunahm. Die Politiker wollten deshalb rasche Vorschläge zu Bekämpfung dieses Problems und Friedman versuchte sie zu formulieren.

In seinen historischen Untersuchungen stellt er fest, dass Geld entweder selbst ein knappes Gut wie etwa Gold, Silber etc. war, bzw. an ein solches gekoppelt wurde. Die Existenz von Geld hing sehr lange Zeit von den Funden dieser Stoffe ab. Obwohl es fast ständig Inflation gab, fand diese meist in nicht sehr dramatischem Ausmaß statt. Hyperinflationen sind deshalb erst im modernen Geldwesen möglich. Erst durch die Schaffung einer Zentralbank und dem staatlichen Monopol der Geldschöpfung sowie der Aufweichung bzw. völligen Aufgabe der Gelddeckung wurden hohe Inflationen überhaupt möglich. Dieser Prozess wird von Friedman in sehr ambivalenter Art und Weise beurteilt:

Einerseits ist es so möglich, die Geldmenge der realen Bezugsgröße, nämlich dem Bruttosozialprodukt anzupassen und nicht mehr von Edelmetallen abhängig zu sein. Dabei betont er ganz klar, dass „(...) die ‚metallistische‘ Sicht ein Trugschluss ist.“<sup>14</sup> Andererseits beinhaltet das moderne Zentralbankensystem auch die Gefahr des Missbrauchs durch die Politik.

Die Definition über die Wechselwirkung von Geld und Inflation erscheint Friedman am besten in der sog. Quantitätsgleichung des Ökonomen Irving Fisher formuliert. Diese lautet:

$$\mathbf{G \cdot U = P \cdot H.}$$

Die nominale Geldmenge (G) multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit (U), also der Häufigkeit, mit der jede Geldeinheit im Durchschnitt während einer bestimmten Periode für Zahlungen verwendet wird, entspricht dem Durchschnittspreis (P) multipliziert mit dem Handelsvolumen (H), also der Gesamtsumme aller gekauften Waren und Dienstleistungen. Gegenwärtig wird in der sog. Fisher-Formel das Handelsvolumen sehr oft durch das reale Volkseinkommen ersetzt. Es geht an dieser Stelle nicht um eine mathematische Ableitung, sondern vielmehr um die Betonung der Komplexität des modernen Geldwesens. Die Gleichung zeigt nämlich ganz klar, dass die Veränderungen eines Faktors Auswirkungen auf viele andere Bereiche haben. Friedman unterstreicht deshalb auch immer wieder, „(...) dass

---

<sup>14</sup> Friedman (1992), Seite 27

die reale und nicht die nominale Geldmenge wirklich zählt (...)“<sup>15</sup> Seine Kritik richtet sich vor allem gegen jene Politiker, die denken mit einer drastischen Ausweitung der Geldmenge die Wirtschaft ankurbeln zu können. Nach sechs bis neun Monaten kommt es dann auch tatsächlich zu einem Wachstum der Nominaleinkommen. Interessanterweise wirkt sich dabei die veränderte Wachstumsrate des Nominaleinkommens zunächst auf den Output, aber kaum auf die Preise aus. Erfahrungsgemäß kommt es erst nach etwa 12 bis 18 Monaten zu einem drastischen Anstieg der Inflation. Dies bedeutet, dass die „(...) Gesamtverzögerung zwischen einer Veränderung des Geldmengenwachstums und einer Veränderung der Inflationsrate durchschnittlich zwei Jahre beträgt.“<sup>16</sup> Friedman sieht hier eine Gefahr, denn die Politik denkt sehr kurzfristig, meist nur bis zu den nächsten Wahlen. Deshalb ist es verlockend, vor allem in Zeiten der Wirtschaftskrise kurzfristig mittels einer Ausweitung der Geldmenge einen Aufschwung zu erzeugen, der die Chancen zur Wiederwahl steigert, sich aber längerfristig in hoher Inflation niederschlägt.

Eine Veränderung des Geldmengenwachstums hat jedoch auch Folgen für die Zinsentwicklung, denn anfänglich führt ein schnelles Geldmengenwachstum zu einer Verringerung der Zinssätze. In der Folge bewirkt jedoch die dadurch ausgelöste Beschleunigung der Ausgaben einen Anstieg der Nachfrage nach Krediten, was schließlich zu einem Anstieg der Zinsen führen muss.

Das Fazit Friedmans besteht aus der sehr grundlegenden Schlussfolgerung, „(...) dass Inflation immer und überall ein monetäres Phänomen (...)“<sup>17</sup> ist.

#### 4.2 Die monetaristische Theorie vom „Transmissions-Mechanismus“

Friedman bestreitet vehement die wohl grundlegendste These des Keynesianismus, wonach es eine Art Loch oder Leck im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf gäbe. Die neben dem Konsum und dem Sparen dritte Möglichkeit des Hortens in Form von Gütern, Grundstücken, Wertpapieren, Devisen, etc. stellt für ihn kein Problem dar, denn diese sog. „Liquiditätskassen“ von Unternehmen und Haushalten sind seiner Meinung nach nicht die End- sondern vielmehr die Durchgangsstation des Geldes. Es handelt sich vielmehr vereinfacht gesagt um Umschichtungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten die letztendlich makroökonomisch völlig unbedeutend sind. Diese Umschichtungen passieren deshalb, weil sich immer wieder die Renditeerwartungen ändern. Friedman geht davon aus, dass beispielsweise die sog. Liquiditätskassen in Form von Aktien kein Problem darstellen, da

---

<sup>15</sup> Ders., Seite 33

<sup>16</sup> Ders., Seite 59

<sup>17</sup> Ders., Seite 60

mit dem Kauf einer Aktie das Geld nicht gebunden ist, sondern gleich wieder, wenn auch über Umwege in den realwirtschaftlichen Geldkreislauf fließt. Doch genau hier liegt dessen Trugschluss, denn für den Erlös von Aktien stehen mehrere Möglichkeiten offen:

- 1.) Die Erlöse können konsumiert werden.
- 2.) Die Erlöse können wieder in neu emittierte Aktien angelegt werden.
- 3.) Mit ihnen können auf dem Aktienmarkt bereits vorhandene Aktien gekauft und weiterspekuliert werden.

Die Punkte 1.) und 2.) stellen kein Problem dar, weil die Entnahme von Geld für den Erwerb von Aktien und der Rückfluss durch den Verkauf im Gleichgewicht stehen. Der realwirtschaftliche Wirtschaftskreislauf weist deshalb keine Lücke auf. So weit hätte also Friedman tatsächlich Recht.

Doch er vernachlässigt unerklärlicherweise Punkt 3.): Entnehmen die Aktionäre ihr Geld für den Aktienerwerb dem Geldkreislauf und setzen den Erlös für bereits vorhandene Aktien ein, wächst das gebundene, daher der Realwirtschaft entzogene Kapital weiter an. Dadurch wird eindeutig in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf ein Loch gerissen. Was dies konkret bedeutet, soll anhand des Beispiels Deutschland untersucht werden: „1998 wurden dort 294 Mrd. DM für die Vermögensbildung durch den Erwerb von Aktien umgesetzt. 89 Mrd. DM davon wendete man in der Folge für Investitionen in den Realsektor auf. Diese verblieben somit im Geldkreislauf. Was passierte aber mit den restlichen 205 Mrd. DM? Sie verblieben der Spekulation auf dem Aktienmarkt und gingen damit dem Geldkreislauf, also dem Nachfragepotential verloren, was in etwa dem Doppelten des durchschnittlichen BIP-Zuwachses der letzten Jahre entspricht. (...) Mit den rund 200 Mrd. DM könnten aber bereits mehr als 2 Millionen Vollzeitarbeitsplätze geschaffen werden.“<sup>18</sup> Gegenwärtig wird diese Entwicklung durch den Derivathandel jedoch noch erheblich verstärkt.

Friedmans Theorie des Transmissionsmechanismus sollte eigentlich durch die Praxis widerlegt sein. Weshalb er jedoch bis heute daran festhält ist unerklärlich.

Doch Friedmans Thesen ergeben grundlegende Konsequenzen: Wenn nämlich trotz Kassenhaltung die Gelder so wie so wieder entweder direkt oder indirekt in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zurückließen, dann entsteht auch keine Lücke. Dadurch wäre auch keine zusätzliche Nachfrage notwendig. Wenn es deshalb keine Nachfragerücke gibt, weshalb kommt es dann immer wieder zu Krisen?

Friedman macht dafür, wie bereits angedeutet, den Staat verantwortlich, denn Störungen sind entweder die Folge überflüssiger Staatseingriffe oder exogener Ereignisse, wie beispielsweise

---

<sup>18</sup> Bozsoki (2000), Seite 86

Krieg oder Naturkatastrophen. Nur eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft ist deshalb effizient und fördert das Wachstum.

#### *4.3 Geldpolitik der Zentralbanken*

Nach Auffassung Friedmans ist es sehr schwierig, möglicherweise sogar unmöglich, mit geldpolitischen Maßnahmen die Konjunktur zu beleben, da die Wirkungen der Veränderung der Geldmenge, wie bereits oben angeführt, erst mit Verzögerung auftreten. Er geht vielmehr davon aus, dass eine Zentralbank, die die Geldpolitik als ein wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument einsetzt den privaten Sektor verunsichert, da der Kapitalismus als ein System gesehen wird, welches sich im Gleichgewicht befindet und dem keine Krisenelemente innewohnen, wenn man sich nur nicht in das Marktgeschehen einmische. Deshalb ist die beste Geldpolitik gar keine Geldpolitik zu betreiben.

Eine ähnliche Politik wurde bereits in der Zwischenkriegszeit gemacht mit den bekannten Folgen einer großen Depression. Doch Friedman erkennt in der großen Weltwirtschaftskrise ganz anderes Problem, das es ebenfalls zu bekämpfen gilt. Zwischen 1929 und 1933 wurde nämlich die Geldmenge in den USA um ein Drittel vermindert, was eine Deflationsspirale verursachte und wahrscheinlich noch ruinöser wirkte als eine hohe Inflation.

Aber Friedmans Konzentration richtet sich primär gegen die inflationäre Politik der 70er Jahre und machte dafür die geldpolitischen Interventionen verantwortlich. „Eine Inflation entsteht, wenn die Geldmenge erheblich schneller wächst als der gesamte Output. Je schneller die Geldmenge pro Einheit des Outputs wächst, desto höher ist die Inflationsrate.<sup>19</sup>“ Dadurch steht fest, dass bei wachsendem Output auch die Geldmenge wachsen muss. Allerdings kann nicht exakt vorhergesagt werden, wie sich das Wachstum entwickelt. Deshalb besteht die Lösung die Inflation so gering wie möglich zu halten nur darin, dass die Geldmenge nicht anders als um einen a priori festgelegten jährlichen Prozentsatz zunimmt. Dies wird von der Fachwelt als sog. Friedmansche Geldmengenregel bezeichnet.

Um das auch praktisch durchsetzen zu können, muss sich jedoch die Politik insbesondere das Finanzministerium aus der Geldpolitik heraushalten. Friedman sieht eine Lösung nur darin, die Zentralbank in die Unabhängigkeit zu entlassen und sich somit aus der „Umklammerung“ der Politik zu befreien. Der dort im Amt befindliche Präsident sollte möglichst nur für eine einzige, dafür aber sehr lange Periode eingesetzt werden, damit auch eine wirkliche Unabhängigkeit gewährleistet wird. Die ausschließliche Aufgabe der Zentralbank soll es daher sein die Geldwertstabilität zu wahren. „Neoliberale Politik setzt diesen Gedanken der

---

<sup>19</sup> Friedman (1992), Seite 199

Arbeitsteilung in einer spezifischen Weise fort und trennt strikt zwischen einer problematischen Welt der Politik und einem effizienten Reich der Experten.“<sup>20</sup>

Doch genau hier stellt sich ein massives Problem. Sind Experten wirklich so unabhängig und neutral? Wer hat primär Interesse an einer niedrigen Inflation? Oder entsteht hiermit nicht vielmehr eine sehr geeignete Methode eine bestimmte Form der Geldpolitik aufgrund spezifischer Interessen für möglichst lange Zeit zu festzuschreiben?

#### 4.4 Kritik an festen Wechselkurssystemen

In das geschilderte Bild von einer eigentlich krisenfreien Marktwirtschaft, die sich durch Angebot und Nachfrage selbst reguliert und zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht tendiert, passt selbst verständlich *nicht* ein System stabiler Wechselkurse. Friedman spricht sich deshalb auch gegen jegliche Regulierungen im Finanzsektor aus. Die wichtigsten Säulen des Bretton-Woods-Systems, wie Kapitalverkehrskontrollen, Interventionen der Notenbanken zur Aufrechterhaltung der Wechselkurse oder Maßnahmen gegen die Spekulation sollten unterlassen werden, weil sie die wirklichen Marktmechanismen verzerren. Gerade durch diese Verzerrungen werden laut Friedman nämlich die Krisen ausgelöst.

## 5 Konsequenzen

### 5.1 Folgen der monetaristischen Geldpolitik

Eine hohe Inflationsrate ist nach Friedmans Auffassung primär auf eine durch übermäßige Geldschöpfung verursachte zu hohe Nachfrage zurückzuführen. Er empfiehlt deshalb die Drosselung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch eine Verminderung der Geldschöpfung bzw. einen Abbau des Haushaltsdefizits. Erst wenn durch eine reduzierte Nachfrage die Gewinne schrumpfen wird ein erheblich größerer Druck auf die Unternehmen ausgeübt keine Preissteigerungen mehr vorzunehmen, vielleicht sogar ihre Preise zu senken. Dies hätte jedoch zur Konsequenz, dass der Wettbewerbsdruck steigt und viele Unternehmen auf der Strecke bleiben. Die negativen Folgen, wie eine hohe Arbeitslosigkeit sowie eine größere Kluft zwischen Arm und Reich, müssen deshalb zwangsläufig in Kauf genommen werden.

Friedman schlägt zwei Möglichkeiten vor: Entweder einen allmählichen Abbau der Inflation durch vorher festgelegte Geldmengenziele mit kontinuierlich zurückgehenden Steigerungsraten oder eine radikale Variante: „Diese Therapie greift jedoch nicht bei schweren Inflationen und erst recht nicht bei Hyperinflationen. In solchen Fällen schlägt nur

---

<sup>20</sup> Schürz (2003), Seite 49

noch eine Schockbehandlung an.“<sup>21</sup> Was dabei unter Schockbehandlung zu verstehen ist bleibt sehr vage formuliert; doch bei sehr hohen Inflationsraten wie etwa in Südamerika oder Osteuropa zu Beginn der 90er Jahre werden sicherlich auch Geldmengenverknappungen nicht ausgeschlossen sein, obwohl diese vor allem wegen der schlechten Erfahrungen während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre von Friedman als ungeeignetes Mittel gesehen werden. Gewöhnlich erfolgt die Bekämpfung der Inflation über eine drastische Erhöhung der Leitzinsen durch die Zentralbank. Je höher die Zinsen sind, desto weniger Kredite werden aufgenommen und die Konjunktur gedämpft. Dadurch kann das Preisniveau nachhaltig stabilisiert werden.

Gegenwärtig betreibt die Europäische Zentralbank eine monetaristische Geldpolitik. Sie ist nicht nur unabhängig, sondern verpflichtet sich vorrangig der Preisstabilität zu Ungunsten von Wachstum und Beschäftigung. Im Zweifelsfall erhöht die EZB die Leitzinsen sehr rasch bzw. senkt sie in Krisenzeiten nur relativ langsam. Im Gegensatz dazu legt die amerikanische Federal Reserve hier mehr Flexibilität an den Tag. Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat werden von ihr aktive geldpolitische Maßnahmen in Krisenzeiten sehr wohl als ein geeignetes Mittel zur Ankurbelung der Konjunktur verstanden.

## 5.2 Die neue Angebotspolitik

Wenn nun, wie vorher beschrieben, von der Nachfrageseite die Gewinnmöglichkeiten der Unternehmen eingeschränkt sind müssen andere Bedingungen geschaffen werden, die wieder Profite ermöglichen. Deshalb haben im Sinne des monetaristischen Ansatzes die Steuern auf Vermögen und Kapital drastisch gesenkt zu werden, damit Kostensenkungen möglich werden. Dies ist durch die neoliberale Wende in der sog. Ersten Welt zuerst in den USA und Großbritannien durchgeführt worden. Heute besteht auch in Europa so etwas wie ein neoliberaler Grundkonsens. Beispielsweise sank die durchschnittliche Besteuerung von Unternehmensgewinnen in den Industrieländern seit 1985 von 51 auf 35%, jene der Zinserträge von 47 auf 33%.<sup>22</sup> Gerade Österreich ist auf diesem Gebiet Vorreiter, da es mit nur 0,6% des BIP die geringste Vermögensbesteuerung der OECD aufweist und mit einem effektiven Körperschaftssteuersatz von 17,7% in der EU an drittletzter Stelle liegt.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Friedman (1992), Seite 228

<sup>22</sup> vgl. Küblböck (2003), Seite 218

<sup>23</sup> vgl. ATTAC (2002)

### 5.3 Zurückdrängung von Gewerkschaften und Sozialstaat

Doch nicht nur Steuern bedeuten für die Unternehmen einen Kostenfaktor, sondern auch jene Bereiche, auf die der Staat nur bedingt Einfluss hat. Dazu zählt beispielsweise die Lohnentwicklung.

Keynes ging noch davon aus, dass Lohnsenkungen in Krisenjahren gar nicht sinnvoll sind, sondern im Gegenteil die Krise noch verschärfen, da die Nachfrage zurückgehen würde. Die Folge wären eine Verschärfung der Wirtschaftskrise, hohe Steuerausfälle, steigende Arbeitslosigkeit und ein weiteres Ansteigen der Verschuldung. Er empfiehlt deshalb in der Krise erhebliche Lohnsteigerungen. Die Arbeitslosigkeit erklärt er als einen systembedingten Fehlmechanismus, den es durch staatliche Intervention zu korrigieren gilt.

Für Friedman hingegen gibt es in einem unregulierten kapitalistischen System *eigentlich* keine Arbeitslosigkeit. Es existieren nur zu hohe Löhne, die auch der Grund dafür sind, dass viele Unternehmen keine neuen Leute einstellen können. Der Lohn sollte deshalb vielmehr den sog. Gleichgewichtslohn bilden, also jenen, der sich aus Angebot und Nachfrage ergibt.

Fazit: Die Löhne müssen deshalb so weit gesenkt werden bis die Unternehmen wieder neue Arbeitskräfte einstellen können. Springt die Konjunktur wieder an, besteht erst wieder die Möglichkeit für Lohnerhöhungen.

In westlichen Demokratien können jedoch Löhne nur dann gesenkt bzw. nicht gesteigert werden, wenn die Gewerkschaften geschwächt werden. Dies kann wie in Großbritannien durch gesetzliche Maßnahmen erfolgen oder wie in Europa durch permanente Negativpropaganda. Gewerkschaften werden gegenwärtig in undifferenzierter Weise als Modernisierungsvereigerer und als Reformverhinderer bezeichnet. Wegen des Beharrens auf kollektivvertraglich festgelegte Mindestlöhne werden sie für das Ansteigen der Arbeitslosigkeit mitverantwortlich gemacht. Gegenwärtig beugen sich die Gewerkschaften immer mehr dem Druck und stimmen sehr oft Nulllohnrundern, atypischen Beschäftigungsformen und Flexibilisierungsmaßnahmen zu. In Europa werden Lohnsenkungen eher selten direkt verlangt, dafür aber die angeblich zu hohen Lohnnebenkosten angeprangert, welche es zu senken gelte.

Friedmans Thesen sind aufgrund der praktischen Erfahrungen jedoch äußerst zweifelhaft. Er unterstellt damit nämlich indirekt, dass eine Volkswirtschaft so funktioniert wie ein Unternehmen. Doch genau darin liegt die Schwäche seiner Theorie. Würde nur *ein* Unternehmen die Löhne senken, hätte es in der Tat einen Kostenvorteil. Senken jedoch *alle* die Löhne, kommt es makroökonomisch letztendlich zu einem Nullsummenspiel. Insgesamt würde dadurch jedoch ein solch gravierender Kaufkraftverlust entstehen, dass die

Unternehmen noch mehr rationalisieren und die Löhne senken müssten. Damit wird eine „Spirale nach unten“ in Gang gesetzt, die zu sehr problematischen ökonomischen und sozialen Problemen führt. Bestes Beispiel dafür ist gegenwärtig die Bundesrepublik Deutschland. Durch den neoliberalen Umbau unter der Regierung Schröder kommt die Wirtschaft trotz ständiger Exportrekorde und stagnierender Löhne nicht in Gang. Trotz einer beinahe permanenten ausgabeseitigen Sparpolitik explodiert das Defizit; eben weil die Massenkauftkraft immer mehr geschädigt wird.

Anstatt die Thesen der monetaristischen Politik grundsätzlich in Frage zu stellen, wird meist nur gesagt, dass die Einschnitte falsch angegangen bzw. viel zu wenig drastisch vorgenommen wurden. Obwohl in fast allen Industriestaaten die Nettolohnquoten<sup>24</sup> und die Lohnstückkosten<sup>25</sup> sinken, wird permanent über zu hohen Kosten geklagt.

Deshalb kam es in den letzten beiden Jahrzehnten in den Industriestaaten zu einer Zurückdrängung des Sozialstaates, entweder wie in Großbritannien direkt und radikal, oder wie in Kontinentaleuropa schrittweise. Vor allem in seinem Werk „Kapitalismus und Freiheit“ stellt sich Friedman ganz eindeutig gegen den Wohlfahrtsstaat, den er als Eingriff in die Freiheitsrechte des Menschen deutet. Er plädiert vielmehr, wie bereits bemerkt, für einen Umbau in einen Fürsorgestaat, welcher nur noch für die Schwächsten sorgt. Sogar in diesem Bereich erkennt er in einer Privatisierung des Fürsorgewesens durch karitative Organisationen Vorteile. Letztere könnten beispielsweise über Steuersenkungen oder Steuererlässe gefördert werden die Armen zu versorgen und so den Staat zu entlasten.

#### *5.4 Folgen der Deregulierung der Finanzmärkte*

Friedman spricht sich auch im Bereiche des Weltfinanzsystems gegen staatliche Interventionen aus, da diese nur die Marktmechanismen verzerren. Vielmehr plädiert er für ein „(...) System von freien Wechselkursen, die auf dem Devisenmarkt durch private Transaktionen ohne Regierungsinterventionen bestimmt wird.“<sup>26</sup>

Im Bereich der Kapitalmärkte wurden die monetaristischen Theorien am schnellsten in die Praxis umgesetzt. Nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems stabiler Wechselkurse ging man zu floatenden Währungen über. Die Kapitalverkehrskontrollen wurden schrittweise aufgehoben. Das Ergebnis dieser seit 1973 eingeschlagenen Richtung ist wenig erfreulich.

---

<sup>24</sup> Damit ist der Anteil der Löhne am BIP gemeint.

<sup>25</sup> Löhne im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität. Sinkende Lohnstückkosten bedeuten, dass die Produktivität schneller steigt als die dafür entrichtete Entlohnung.

<sup>26</sup> Friedman (1971), Seite 94

Die Spekulation hat seitdem erheblich zugenommen, mit der Folge immer größerer und in immer kürzeren Abständen auftretenden Finanzkrisen. Staaten wie etwa Argentinien haben einen völligen Wirtschaftskollaps erlitten, andere, wie etwa Japan, leiden noch mehr als ein Jahrzehnt danach an den negativen Folgewirkungen des Börsencrashes. Dadurch wurde die Politik in ihren Handlungsspielräumen immer mehr eingeschränkt und dem Diktat des Finanzkapitals unterworfen. Auch die Realwirtschaft hatte unter diesen Bedingungen enorm gelitten. Weil immer mehr Kapital in die Finanzwirtschaft floss und der Realwirtschaft entzogen wurde, gingen die Wachstumsraten in den Industriestaaten kontinuierlich zurück. Die Folge waren Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und eine immer größere Kluft zwischen Arm und Reich.

### *5.5 Folgen des Freihandels im Gütersektor*

Auch in der Frage des realwirtschaftlichen Handels spricht sich Friedman gegen jegliche Interventionen aus. Zölle, Exportsubventionen oder Handelsbeschränkungen lehnt er kategorisch ab und fordert vielmehr Freihandel zwischen allen Staaten.

Friedman übersieht jedoch die Problematik des Handels zwischen hoch entwickelten und unterentwickelten Staaten. Er vernachlässigt, dass sämtliche hoch entwickelte Staaten ihre Industrien nur über ein hohes Maß an Protektionismus entwickeln konnten, weil sie im freien Handel mit stärkeren Konkurrenten chancenlos gewesen wären. Dies gilt für die USA genauso wie für die westeuropäischen Staaten, Japan oder die erfolgreichen Tigerstaaten.

Die monetaristischen Ansätze werden gegenwärtig vor allem vom IWF und der WTO vertreten. In verschiedensten Abkommen haben sie schrittweise Liberalisierungen eingeleitet. Bei den zahlreichen Verhandlungen um das Dienstleistungsabkommen GATS werden sogar die letzten Tabus die Liberalisierung im Bereiche von Wasser, Bildung oder Gesundheit diskutiert. Doch die jüngsten Ereignisse in Cancun, wo die Verhandlungen abgebrochen wurden sind erste spärliche Anzeichen einer möglichen Kehrtwende.

Friedmans Erwartungen der positiven Segnungen des Wettbewerbes werden im globalen Maßstab kaum erfüllt. Vielmehr werden 4/5 des Handels der großen Multis in konzerneigenen Strukturen abgewickelt, in welchen kein echter Wettbewerb stattfindet. Eine sehr große Bedeutung haben auch die riesigen Fusionen und Übernahmen. Deren einziges Ziel besteht gerade darin Wettbewerb zu verhindern und die Märkte der Konkurrenten aufzukaufen, anstatt mit Innovationen Marktanteile zu gewinnen. Liberalisierung kann also, ganz entgegen Friedmans Erwartungen den Wettbewerb sogar hemmen. Deshalb besteht auch eine sehr große Kluft zwischen der Theorie des Monetarismus und der wirtschaftlichen Praxis.

## **6 Alternativen zur monetaristischen Geldpolitik**

### *6.1 Notwendigkeit neuer Ansätze*

Geld und Geldpolitik sind die Fundamente der Theorie des Monetarismus bei Friedman. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit diesem Bereich auch so wichtig. Leider beschäftigen sich gerade die Gegner des Neoliberalismus aber damit viel zu wenig, weil die Zusammenhänge sehr komplex und oft sehr schwer zu durchschauen sind. Die allgemeinen Diskussionen finden deshalb meist nur an der Oberfläche statt, ohne zu den eigentlichen Wurzeln vorzudringen.

Friedmans Einschätzung, die Geldpolitik sei von primärer Bedeutung, ist sicherlich richtig. Umso erschütternder ist es, dass die Politik, zumindest in Europa kaum einen Einfluss darauf hat. Meist sind deshalb die alternativen Ansätze sehr unzureichend. Sehr oft wird eine Renaissance des Keynesianismus verlangt. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es gerade die Fehler der keynesianischen Politik waren, die Friedmans Theorien erst salonfähig machten. Aus diesem Grund soll in dieser Arbeit der Versuch gemacht werden die positiven Ansätze bei Keynes zu übernehmen, weiterzuentwickeln und dessen Probleme durch neue Ansätze zu verbessern. Drei grundlegende Bereiche müssen deshalb abschließend in skizzenhafter Darstellung als Alternativen zur Diskussion gestellt werden.

### *6.2 Neues, reformiertes Bretton Woods*

Das alte, bereits zu Beginn sehr kurz geschilderte Bretton-Woods-System beinhaltete etliche Probleme. Einerseits die Rolle des Dollars als Leitwährung, andererseits auch die beschriebene Funktion des IWF. Das alte Bretton- Woods-System ging in seinen wesentlichen Bereichen auf den Amerikaner White, der natürlich eine hegemoniale Stellung der USA durchsetzen wollte, zurück. Doch die Grundidee von Bretton Woods wäre in geänderter Form gerade heute notwendig, um wieder eine stabile, auf Wachstum und Vollbeschäftigung basierende Weltwirtschaftsordnung sicherzustellen zu können.

Deshalb sollte das neue, reformierte Bretton Woods-System stabiler Wechselkurse sich eher an den Vorstellungen von Keynes orientieren. Um das Diktat einer Leitwährung zu verhindern, sollte dessen Konzept einer International Clearing Union (ICU) eingeführt werden. Sie fungiert wie eine Bank und regelt den Zahlungsausgleich zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften. Statt der Koppelung an den Dollar sollte eine neutrale Verrechnungswährung, bei Keynes „Bancor“ genannt, eingeführt werden. Diese Kunstwährung kann so wie der vor der Einführung des Euro existierende ECU aus einem Währungskorb bestehen. Auch der Vorschlag des Ökonomen La Rouché, dies besser über gleich über einen Warenkorb abzuwickeln, müsste einmal gründlich untersucht werden. Jedes

Land verfügt bei der ICU über ein Konto in dieser Reservewährung, wobei sich die Höhe des Guthabens an der Handelsbilanz orientiert. Die Reservewährung wird somit erst geschaffen, wenn es zu einer ungleichen Handelsbilanz kommt. Obwohl die Erklärung sehr kompliziert klingt, ist das System sehr einfach. Es funktioniert ähnlich wie alternative Tauschkreise: Verrichtet dort etwa Person A eine Stunde Rasenmähen für Person B und letztere 3 Stunden einer gleichwärtigen Tätigkeit, so lautet der Kontostand bei A ein Minus von 2 Stunden und bei B plus 2 Stunden.

Nach dem gleichen Prinzip könnte die ICU einen Ausgleich der Leistungsbilanzen auf Basis stabiler Wechselkurse anstreben. Um ausufernde Handelsbilanzüberschüsse und – defizite zu verhindern, müssten deshalb erstere unter bestimmten Bedingungen mit mittels Negativzins bzw. zweite mit einem positiven Zins in ein vernünftiges Verhältnis kommen. Mit dieser nur sehr skizzenhaften Darstellung eines reformierten Bretton-Woods-Systems stabiler Wechselkurse könnte wieder die Realwirtschaft stabile Bedingungen finden und die Spekulationsorgien eingeschränkt werden. Weitere Maßnahmen eines neuen, reformierten Bretton-Woods sind selbstverständlich restriktive Kapitalverkehrskontrollen und gegenseitige Interventionen der Zentralbanken, um die Wechselkurse durch Kauf und Verkauf von Devisenreserven zu stabilisieren. Währungsabwertungen sollten grundsätzlich nicht unmöglich sein, allerdings müssten sie durch internationale Koordination erfolgen, um damit verbundene einseitige Vorteile auf Kosten anderer zu verhindern.

### *6.3 System des produktiven Kredits*

Bei der Zentralbank liegt das Recht, Kredite zu schöpfen. Wir sind es gewohnt, dass die EZB die Kredite an die Geschäftsbanken vergibt und diese wiederum an die Kreditnehmer. Was mit dem Geld geschieht und wer es bekommt, bestimmen deshalb die Geschäftsbanken. Wie bereits nachgewiesen wurde, sind Kredite, bedingt durch die Deregulierung der Finanzmärkte sehr oft für spekulative Tätigkeiten verwendet worden.

Gegenwärtig befindet sich Europa jedoch in einer nicht enden wollenden Wirtschaftskrise. Die notwendigen Investitionen gehen immer mehr zurück, die Steuerausfälle nehmen zu, die Verschuldung steigt und die Arbeitslosenzahlen erhöhen sich dramatisch. Dadurch werden die Sozialsysteme immer mehr belastet, was wiederum deren Finanzierbarkeit erschwert.

Anstatt diesen die letzten Jahre eingeschlagenen Weg grundsätzlich zu hinterfragen heißt die Lösung: Noch mehr sparen. Die Kardinalfrage lautet deshalb: Wie kann trotz steigender Verschuldung die Stagnation überwunden und ein Aufschwung erzielt werden?

Die Zentralbank hätte die Möglichkeit, aus dem Nichts Kredite zu schöpfen und mit sehr langen Laufzeiten und einer sehr niedrigen bzw. überhaupt keiner Verzinsung für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Diese Form der Kreditschöpfung kann beispielsweise durch Ankauf von Wertpapieren sowie einer Diskontierung von Wechseln erfolgen.

Und genau an dieser Stelle sind auch die Thesen von Keynes zu kritisieren. Seine Forderung, mittels Geldschöpfung die Konjunktur anzukurbeln und so die Nachfragerlücke aufzufüllen ist sicher richtig. Doch der Fehler darin, dass Keynes nicht die wichtige Einschränkung gemacht hat, dass die Kredite nicht für irgendwelche Vorhaben verwendet werden dürfen, sondern streng an eine realwirtschaftliche Kapitalbildung geknüpft werden müssen; denn in erster Linie kommt es darauf an, wofür die geschöpften Kredite verwendet werden.

Werden sie direkt in den Konsum gepumpt, so wirkt dies im realenwirtschaftlichen Sektor, wie Friedman völlig zu Recht kritisiert, mit Verzögerung inflationär. Gleiches gilt für die Abdeckung von Budgetdefiziten durch die Zentralbank, wie dies sehr lange in Südamerika gemacht wurde. Werden sie wie in Japan dafür verwendet, das bankrotte Bankensystem künstlich aufrecht zu erhalten oder in den USA den Finanzcrash künstlich hinauszuzögern, so sind dies nur Maßnahmen zur Aufrechterhaltung eines maroden Systems. Das Problem liegt nämlich darin, dass dabei keinerlei realwirtschaftliche Leistung stattfindet. Aber genau darauf kommt es an.

Der durch die Zentralbank geschöpfte Kredit muss deshalb, wie gesagt, streng an eine realwirtschaftliche Wertschöpfung gekoppelt sein und darf deshalb nur für jene Vorhaben getätigt werden, denen gegenüber eine entsprechend wachsende realwirtschaftliche Gütermenge gegenübersteht. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass dies nur möglich ist, wenn das technologische Niveau ständig erhöht wird und deshalb die Mittel in Bildung- und Forschung, Industrie-, Landwirtschafts- und Infrastrukturprojekte fließen müssten. Daraus ergibt sich, dass trotz der ständigen Kreditausweitung das Angebot an realwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen schneller wächst als die effektive Nachfrage, mit der Folge, einer allgemeinen deflationären Tendenz in den Preisen. Dies bedeutet, dass die aus dem Nichts geschaffenen Kredite sozusagen im Nachhinein realwirtschaftlich gedeckt werden. So entsteht die sehr interessante Entwicklung, dass die Geld- und Kreditreserven durchaus schneller ausgeweitet werden können als das BIP, da dieses nur die Wertschöpfung zu Marktpreisen ausdrückt. Weil die Marktpreise, wie bereits erwähnt aber tendenziell sinken werden, wirkt dies nicht inflationär. Durch eine solche Finanzpolitik würden auch die Steuereinnahmen massiv steigen und die Kredite zurückbezahlt werden können.

Alle anderen Kredite, etwa Kleinkredite für die privaten Haushalte etc. könnten nach den bisher üblichen Mechanismen über die Geschäftsbanken vergeben werden.

Die New Deal Politik Franklin D. Roosevelts in den USA oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Deutschland arbeiteten nach ähnlichen Prinzipien, die so lange sie praktiziert wurden zu Aufschwung und Vollbeschäftigung führten.

Gegenwärtig praktiziert China dieses System sehr erfolgreich. Das Land führt in beeindruckende Weise vor, wie wichtig die Geldpolitik zur Ankurbelung der Wirtschaft ist. Die chinesische Zentralbank hat für ihre Investitionen massiv produktive Kredite geschöpft. Die Geldmenge M2 wurde jährlich um rund 15% ausgeweitet, also doppelt so schnell, wie das reale Bruttoinlandsprodukt wächst.<sup>27</sup> Die Annahme Friedmans, dass die Geldmenge nicht schneller steigen dürfe als der *momentan* erzeugte Output kann deshalb nicht stimmen. Während die Friedmans Monetarismus diese Entwicklung sofort als inflationäre Gefahr deuten und mittels drastischen Zinserhöhungen gegensteuern würde, beweist die Praxis in China genau das Gegenteil. Der chinesische Yuan ist eine der härtesten Währungen der Welt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Großteil des produktiven Kredites in den letzten Jahren in Investitionen für Industrie, Landwirtschaft, Bildung, Infrastruktur und Forschung wanderte, mit der Folge, dass das Angebot an Gütern und Dienstleistungen schneller wuchs als die effektive Nachfrage. Durch die verbesserte Qualifikation der Arbeitnehmer und den Import bzw. die eigene Schaffung neuer Technologien konnte eine durchschnittliche Produktivitätssteigerung von rund 4% erreicht werden. Dies führte letztlich dazu, dass insgesamt die inländische Preisentwicklung deflationär war, während die Geld- und Kreditmenge wuchs. So konnten sich immer mehr Menschen immer real mehr leisten. Die Kreditvergabe erfolgte konkret durch die Zentralbank über die vier größten Geschäftsbanken mit einem Volumen von rund 200 Mrd. Dollar pro Jahr.<sup>28</sup> Außerdem verfolgt China schon länger eine Niedrigzinspolitik.

Nur das System produktiver Kreditschöpfung kann für einen längerfristigen Aufschwung sorgen, bei gleichzeitiger stabiler Währung. Friedmans Konzept würde möglicherweise zwar eine stabile Währung bringen, aber um den Preis ständiger Krisen und einer permanenten Stagnation.

---

<sup>27</sup> vgl. Komp (2003)

<sup>28</sup> ebenda

#### 6.4 *Neutrales Geldsystem*

Schon Keynes hat erkannt, dass Geld einen Vorteil gegenüber den sonstigen Gütern besitzt. Während Waren verderben, unmodern werden, etc. und daher einem ständigen Weitergabezwang unterworfen sind, kann Geld gehortet werden. Wirft Geld nicht eine bestimmte Mindestverzinsung ab, flüchtet es in andere renditeträchtige Bereiche wie etwa Immobilien-, Ressourcen-, Währungs- oder Aktienspekulation. Es kommt daher zu unterschiedlichsten Formen der Hortung. Erst wenn durch den Abzug von gespartem Geld wieder Knappheit bei der Kreditvergabe herrscht steigt der Zinssatz wieder an. Die ständigen Blockierungen können aber nur gelöst werden, wenn Geld den Charakter von Waren bekommt und einem ständigen Weitergabezwang unterliegt. Dies könnte durch eine sog. Umlaufsicherung, also einer geringen Steuer, die schon vor rund 80 Jahren vom weitgehend unbekanntem Ökonomen Silvio Gesell entwickelt wurde, gelöst werden. Die Besteuerung würde jene Bereiche erfassen, in welchem Geld eine Tauschmittelfunktion besitzt, also vor allem bei Bargeld und Girokontos. Geld in seiner Funktion als Wertaufbewahrungsmittel und damit Kredit für andere, also langfristige Anlagen, würden von der Steuer ausgenommen sein. Dies hätte den positiven Effekt, dass Geld sofort ausgegeben oder eben längerfristig angelegt werden müsste. Resultat wäre ein weitgehend stockungsfreier Geldumlauf, bei dem auch die Zentralbank viel besser die Geldmenge steuern könnte. Durch die hohe Umlaufgeschwindigkeit des Geldes würde die Wirtschaft angekurbelt werden. Von der Besteuerung ausgenommen sind, wie bereits betont, längerfristige Anlagen. Dadurch würde auch das Sparen angeregt werden, ohne dafür eine Verzinsung zu kassieren. Da durch die höhere Umlaufgeschwindigkeit auch eine deutlich geringere Geldmenge benötigt würde, könnte dies noch zusätzlich das Sparen anregen. Insgesamt hätte dies den Effekt, dass durch die wachsenden langfristigen Anlagen aufgrund von Angebot und Nachfrage der Zins längerfristig um Null pendeln könnte. Als begleitende Maßnahmen wären jedoch noch eine progressive Besteuerung von Aktien- und Immobilienspekulation notwendig, damit das Geld nicht wieder in andere Bereiche „verschwindet“. Durch eine Bodenreform<sup>29</sup>, auf die an dieser Stelle nicht mehr eingegangen werden kann, wären damit sämtliche Möglichkeiten sein Geld „arbeiten“ zu lassen ausgeschaltet. So könnten die negativen Auswirkungen des exponentiellen Wachstums von Guthaben und Schulden durch die „Zinspeitsche“ bekämpft werden und Geld jene neutrale Funktion einnehmen, die es momentan nicht besitzt. Gerade Friedman erkennt im Geld und Zins selbst aber kein Problem, sondern erliegt vielmehr dem Trugschluss, dass Geld grundsätzlich neutral sei.

---

<sup>29</sup> vgl. Bozsoki (2000)

## **7 Resümee**

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass der Widerstand gegen den neoliberalen Grundkonsens in Politik und Wissenschaft immer größer werden. Anleihen könnten durchaus von Vereinigungen wie etwa der Mont Pelerin Gesellschaft genommen werden. Diese hat es verstanden in einer Zeit des Niederganges des Liberalismus aktives Lobbying für den heutigen Neoliberalismus zu betreiben. Mehrere Krisen führten schließlich dazu, dass es sehr rasch zu einem Umschwung kam. Weshalb soll diese Entwicklung nicht in nächster Zeit genau umgekehrt sein? Doch eines scheinen sehr viele Gegner des Monetarismus zu vergessen. Man muss jene, die man kritisiert auch genau kennen, um kompetente Einwände formulieren zu können. Nur so ist auch ein neuer Paradigmenwechsel für eine gerechtere und nachhaltigere Wirtschafts- und Finanzpolitik längerfristig zu erreichen.

## 8 Literaturverzeichnis

**ATTAC (2002)**, Globale Steuergerechtigkeit – Positionspapier, download:  
[www.attac-austria.org/infos/infos.php](http://www.attac-austria.org/infos/infos.php)

**Bozsoki Jürgen (2000)**, Die „blinden Flecken“ der Sozialdemokratie, Wien-Klosterneuburg

**Detter Dietmar (1987)**, Verschiedene Modellvarianten des Monetarismus und ihre Kritik, Krefeld

**Friedman Milton (1992)**, Geld regiert die Welt – Neue Provokationen vom Vordenker der modernen Wirtschaftspolitik, Düsseldorf-Wien-New York-Moskau

**Friedman Milton (1971)**, Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart

**Friedman Milton (2002)**, Kapitalismus und Freiheit, Frankfurt am Main (Quellentext zum Seminar)

**Heuser Uwe Jean (1994)**, Milton Friedman: Geld, Freiheit und Ideologie, in: Piper Nikolaus (Hrsg.) Die großen Ökonomen - Leben und Werk der wirtschaftswissenschaftlichen Vordenker (Seite 274-280), Stuttgart

**Huffschmid Jörg (2002)**, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg

**Komp Lothar (2003)**, So finanziert China sein Wirtschaftswunder, in: Neue Solidarität Nr.5/2003

**Kalbach Peter (1973)**, Der neue Monetarismus, München

**Küblböck Karin (2003)**, Re-Regulierung der Finanzmärkte, in: Becker Joachim u.a. (Hrsg.) Geld Macht Krise – Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft (Seite 217-228), Wien

**Schürz Martin (2003)**, Ziele der Geldpolitik im Wandel der Zeit, in: Becker Joachim u.a. (Hrsg.) Geld Macht Krise – Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft (Seite 49-60), Wien

**Redak Vanessa (2003)**, Zur Rolle und Funktion von Finanzmärkten, in: Becker Joachim u.a. (Hrsg.) Geld Macht Krise – Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft (Seite 15-26), Wien

**Senf Bernd (2001)**, Die blinden Flecken der Ökonomie – Wirtschaftstheorien in der Krise, München

**Willke Gerhard (2002)**, John Maynard Keynes, Frankfurt/New York